

Sonderdruck aus

VON GÖSCHEN BIS ROWOHLT

Beiträge zur Geschichte des deutschen Verlagswesens

Festschrift für Heinz Sarkowski zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von Monika Estermann und Michael Knoche

1990 OTTO HARRASSOWITZ • WIESBADEN

Wissenschaftliche Zeitschriften im nationalsozialistischen Deutschland

Wer in einer Bibliothek die Regalreihen mit deutschen Zeitschriften aus den dreißiger Jahren mustert, bemerkt auf den ersten Blick, daß die Bände an Umfang verloren haben. Von der *Zeitschrift für mikroskopisch-anatomische Forschung* zum Beispiel sind im Jahr 1932 noch 2624 Seiten in 4 Bänden erschienen. Sechs Jahre später waren es nur noch 1247 Seiten in 2 Bänden. Das bedeutet eine Schrumpfung um mehr als die Hälfte des ursprünglichen Umfangs. Diese Zeitschrift aus dem Gebiet der Anatomie ist ein besonders eklatantes Beispiel; insgesamt ist der Umfang der deutschen naturwissenschaftlichen und medizinischen Zeitschriften in dem Sechsjahreszeitraum zwischen 1932 und 1938 um schätzungsweise 30 bis 45 Prozent zurückgegangen.

Man ist leicht geneigt, dieses Phänomen allein als verheerendes Ergebnis der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik zu deuten. Diese Annahme trifft nicht zu. Denn die deutschen Wissenschaftsverleger waren schon in der Zeit vor 1933 starkem internationalen Druck ausgesetzt, bei ihren Zeitschriften das Publikationsmaterial zu begrenzen und den Verkaufspreis zu senken. Dieser Anpassungsprozeß, der unausweichlich war, hätte aber nicht erfolgreich durchgestanden werden können, wenn ihn die Regierung nicht mit bedeutenden Subventionen unterstützt hätte. Insofern kann man behaupten: Dieselben Nationalsozialisten, die das Renommee der deutschen Wissenschaft bereits aufs Spiel gesetzt hatten, haben dafür gesorgt, daß die führenden deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften ihre internationale Geltung noch eine Zeitlang bewahren konnten. Hintergrund der Fördermaßnahmen war die Tatsache, daß oft weit über 50 Prozent der Auflage der Forschungszeitschriften exportiert wurden und somit beträchtliche Devisen ins Land kamen. Die ökonomische Bedeutung der Exportzeitschriften hat die Nationalsozialisten veranlaßt, in der Redaktionspolitik manches zu tolerieren, was ihnen ideologisch eigentlich nicht ins Konzept paßte. Es fragt sich, wie die Verleger und Herausgeber dieser Zeitschriften den relativ großen Spielraum, der ihnen notgedrungen eingeräumt wurde, genutzt haben und ob er tatsächlich größer war als bei Zeitschriften mit geringem Exportanteil, also in der Regel den geisteswissenschaftlichen Periodika.

Der internationale Druck auf die deutschen Zeitschriftenverleger

Die Klagen amerikanischer Bibliothekare über die zu hohen Preise deutscher Zeitschriften für ausländische Bezieher stammen schon aus der Mitte der zwanziger Jahre. Es ging um Zeitschriften aus den Bereichen Naturwissenschaft und Medizin, die besonders umfangreich und teuer waren. Die Bibliotheken sahen sich nicht mehr in der Lage, die ständig steigenden Kosten zu tragen. Nach einer Untersuchung von Charles Harvey Brown, dem Obmann der American Library Association (ALA) für die Zeitschriftenreform, betrug der Preis pro Seite einer deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift im Jahr 1930 3,78 Cents, bei vergleichbaren amerikanischen Zeitschriften aber nur 0,82 Cents. Der deutsche Seitenpreis lag also viereinhalbmal höher. Brown rechnete vor, daß er sich außerdem seit 1924 verdoppelt habe, während er bei amerikanischen und englischen Periodika gefallen sei.¹ Proteste gegen dieses Mißverhältnis, die seit der Weltwirtschaftskrise ständig an Schärfe zugenommen hatte» und 1932 kulminierte, waren auch aus Schweden, England und anderen Ländern gekommen.² Zusätzliche Probleme machte den Beziehern, daß die meisten deutschen Forschungszeitschriften keinen festen Jahrespreis hatten, sondern im Rhythmus der ständig steigenden wissenschaftlichen Produktion umfangreicher zu werden pflegten und bandweise berechnet wurden. Wenn dann noch Tagungs-, Festschriften- oder sonstige Ergänzungsbände zu den regulären Lieferungen hinzukamen, schnellte der Jahresbezugspreis gelegentlich in unerwartete Höhen.

Die hohen Preise wurden von den deutschen Verlegern mit folgenden Argumenten gerechtfertigt:³

- höhere Kosten durch Honorare anstelle von Druckkostenzuschüssen der Autoren (page charges)
- bessere und reichere Ausstattung an Text und Abbildungen
- niedrigere Auflagen bei sinkenden Abnehmerzahlen im Vergleich zum wachsenden englischsprachigen Markt
- mangelnde finanzielle Unterstützung durch kapitalkräftige wissenschaftliche Gesellschaften
- höhere Rabattspannen im deutschen Buchhandel
- höhere Sozialabgaben in Deutschland
- Abwertung wichtiger Fremdwährungen im Vergleich zur Mark

1. Charles H. Brown: A hazard to research. In: Library Journal 57 (1932) S. 261-265, hier S. 263 f. 2. Zur internationalen Debatte: Georg Leyh: Die deutschen Zeitschriftenpreise und die amerikanischen Bibliotheken. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 50 (1933) S. 377-388. 3. Zum Beispiel Hermann Degener: Die heutigen Preise wissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften in Deutschland. In: Angewandte Chemie, Band 48 (1935) Nr. 162, S. 1-9.

Eine erste Lösung des Konflikts zeichnete sich auf einer Tagung der American Library Association vom 15. bis 18. Oktober 1933 in Chicago ab. Von Seiten des Börsenvereins waren Hermann Degener (Verlag Chemie, Berlin) und Ferdinand Springer (Julius Springer-Verlag, Berlin und Wien) in die USA gereist. Das schließlich erreichte Abkommen mit dem amerikanischen Bibliotheksverband sah vor, daß die deutschen Verleger die Umfänge der naturwissenschaftlichen und medizinischen Zeitschriften, die 1932 mehr als 40 Golddollar gekostet hatten, für das Jahr 1934 wesentlich senkten, so daß eine mindestens 30prozentige Preisreduzierung möglich war. Außerdem erklärten sich die Verleger bereit, bei den unregelmäßig erscheinenden Zeitschriften Maximalumfänge und Maximalpreise im voraus festzulegen.⁴

Damit waren die Probleme jedoch noch nicht endgültig gelöst. Die fortschreitende Abwertung des Dollar in den Jahren 1933 und 1934 um mehr als 60% und die dramatische Mittelkürzung bei den amerikanischen Bibliotheken stellte den Erfolg des Chicagoer Abkommens in Frage. Die Abonnentenzahlen der deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften gingen 1934 sowohl im Inland wie im Ausland zurück. Der deutsche Buchexport insgesamt sank zwischen 1933 und 1935 um mehr als 27 Prozent. Er betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 1935 nur noch etwa 15 Millionen Reichsmark gegenüber 21 Millionen im selben Zeitraum des Jahres 1933.⁵

Im Mai 1935 stand die Zeitschriftenfrage bei der Tagung der International Federation of Library Associations (IFLA) in Madrid erneut auf der Tagesordnung. Diesmal konnten Boykottbeschlüsse der Bibliothekarsversammlung nur dadurch abgewendet werden, daß die deutsche Regierung in letzter Minute ihre Absicht bekanntgab, die Exportpreise für deutsche Bücher und Zeitschriften wesentlich zu subventionieren. Eine solche Förderung war immer wieder vom Börsenverein verlangt worden.⁶ Tatsächlich trat am 9. September 1935 ein neues Buchexport-Verfahren in Kraft. Danach konnten die Verleger den Auslandspreis ihrer Produktion um 25 % senken und erhielten die Mindereinnahmen aus staatlichen Mitteln ersetzt. Mit der Durchführung dieses Ausgleichsverfahrens, das von 1935 bis 1945 Geltung besaß, wurde die »Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels« betraut, eine Abteilung der Reichsschrifttumskam-

4 Georg Leyh: Die Zeitschriftenreform und das Abkommen von Chicago vom 18. Oktober 1933. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 51 (1934) S. 81-97.

5 Murray G. Hall: Österreichische Verlagsgeschichte 1918-1938. Wien usw.: Böhlau 1985 (Literatur und Leben, N. F. Band 28), Band I, S. 147. - Hall beruft sich auf einen Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung vom 28. 10. 1935.

6 Vgl. Bekanntmachung betr. Scrips-Verfahren. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 100 (1933) Nr. 284, S. 943.

mer.⁷ In den Folgejahren bewirkte die Exportförderung einen deutlichen Anstieg des Auslandsabsatzes deutscher Zeitschriften.⁸

Daß diesmal eine Lösung gefunden wurde, ist weniger auf ein plötzliches Verständnis der NS-Regierung für die Wichtigkeit kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland zurückzuführen als vielmehr auf die Notwendigkeit, einen devisenträchtigen Handelszweig zu stärken. Im Herbst 1934 besaß das Deutsche Reich kaum noch Devisenreserven. Die Einfuhr von Rohstoffen, die für das Rüstungsprogramm der Nationalsozialisten notwendig war, konnte praktisch nicht mehr finanziert werden. In dieser Krisensituation versuchte die Reichsregierung daher mit den verschiedensten Maßnahmen, Devisenbarzahlungen bei Einfuhren möglichst zu vermeiden und den Export zu beleben.⁹ Der Buchhandel war in diesem Kontext nur ein relativ kleiner Bereich — in der Größe mit der Ausfuhrbilanz der deutschen Schuh- und Lederwarenindustrie zu vergleichen —, der aber traditionell gute Absatzchancen im Ausland hatte. So waren Bücher und Zeitschriften aus Deutschland auf der Liste der US-Zollbehörde mit einer »1« klassifiziert und damit als bevorzugt einzuführende Handelswaren anerkannt.¹⁰ Der Reichsregierung mußte daran gelegen sein, der deutschen Wissenschaftsliteratur ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Auch andere Tendenzen haben eine Umfangs- und Preisreduktion begünstigt: Bei den Redaktionen der wissenschaftlichen Zeitschriften gingen im Jahr 1933 und 1934 sehr viel weniger Manuskripte ein als vorher. Die Gesamtatmosphäre dieser politisch bewegten Jahre war einer ruhigen wissenschaftlichen Arbeit abträglich, zumal wenn die Autoren Juden oder politisch Verfolgte des neuen Regimes waren. Außerdem kam es zu Abbestellungen durch das Ausland, die zwar häufig mit ökonomischen Zwängen begründet wurden, vielfach aber politische Beweggründe hatten.

Die deutschen Wissenschaftsverleger gingen aus der Debatte um die Zeitschriftenreform ökonomisch angeschlagen, aber politisch gestärkt hervor. Die staatliche Förderung bescherte ihnen eine relativ unabhängige Position, die es möglich machte, Eingriffe in die gewachsene Struktur des Zeitschriftenwesens,

7 Vgl. Paul Hövel: Die Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels, Berlin 1935 bis 1945. Ein Augenzeugenbericht. In: Buchhandelsgeschichte 1984/1, S. B 1-B 16.-Sowie Hall (wie Anm. 5) S. 146-151. Dort eine sehr gute zusammenfassende Darstellung des Buchexportverfahrens (und seiner Auswirkungen auf Österreich).

8 Vgl. Jahresbericht 1936/37. In: Vertrauliche Mitteilungen der Fachschaft Verlag (1937) Nr. 22, S. 3-8.

9 Hans Erich Volkmann: Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann. Düsseldorf: Droste 1975, S. 81-131.

10 Vgl. Deana Astle und Charles Hamaker: Journal publishing- pricing and structural issues in the 1930s and the 1980s. In: Advances in serials management, vol. 2 (1988) S. 1-36, hier S. 12.

wie sie sich mancher Parteigenosse im ersten Machtrausch gewünscht haben mochte, abzuwehren. Es fragt sich, ob dieser Handlungsspielraum genutzt wurde.

Neuordnungsbestrebungen

Die Umgestaltungspläne der Nationalsozialisten waren ursprünglich sehr weitreichend. Den Ideologen war zunächst schlicht die Menge der Zeitschriftentitel ein Stein des Anstoßes. Um eine Vorstellung von der Größenordnung zu geben: In *Kürschners Gelehrten-Kalender* waren 1931 und 1935 etwa 1500 deutschsprachige wissenschaftliche Zeitschriften aufgelistet. Diese Vielzahl war für die Nazis Grund genug, von einer »Zersplitterung des deutschen Zeitschriftenwesens« zu sprechen¹¹ und die Anzahl der Periodika reduzieren zu wollen. Die Reichspressekammer hatte, um steuernd in den Markt eingreifen zu können, zwischen dem 14. Dezember 1933 und dem 31. März 1935 eine förmliche Sperre für die Neugründung von Zeitschriften erlassen. Von 1938 an waren Neugründungen von Zeitschriften anmeldepflichtig und in der Kriegszeit genehmigungspflichtig.¹² Der »Beauftragte des Reichsärztes für die medizinische Fachpresse« bedauerte 1936 öffentlich: »Leider ist die Medizin mit Zeitschriften allzu sehr übersättigt, aber wie ich mich auch bemüht habe, die eine oder andere Zeitschrift eingehen zu lassen, immer bin ich auf den Widerstand der Verleger gestoßen.«

Von Erfolg gekrönt waren solche Bemühungen auf einem Gebiet, das wegen seiner impliziten Ideologiekritik den Nazis besonders verhaßt war, der Psychoanalyse. Die Zeitschrift *Die Psychoanalytische Bewegung* mußte ihr Erscheinen 1933 einstellen, die *Zeitschrift für psychoanalytische Pädagogik* erlosch 1937, der *Almanach der Psychoanalyse* 1938 (alle Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien, Leipzig). Ausschlaggebend war nicht ein ausdrückliches Verbot - nur der *Almanach* stand auf der *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* von 1938 — sondern der Verlust des Hauptabsatzmarktes in Deutschland durch Vertreibung der zahlreichen jüdischen Analytiker. Nach der Vereinigung Österreichs

11 Vgl. etwa Erich Lorenz: Die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens. Eine statistische Untersuchung. Berlin-Charlottenburg: Lorentz 1937, S. 50 (Beiträge zur Erforschung der deutschen Zeitschrift, Band 1).

12 Hubert Jux: Zur Sperre für Zeitschriften. In: *Der Zeitschriftenverleger* 36 (1934), Heft 5, S. 5 f. -Amtliche Bekanntmachung des Reichsverbands der deutschen Zeitschriften-Verleger vom 15. 6. 1938. In: *Ebenda* 40 (1938) S. 307 f.

13 Kurt Klare: Die medizinische Fachpresse. Rückblick und Ausblick. In: *Deutsches Ärzteblatt* Nr. 43, 1936,8.7.

mit dem Deutschen Reich im Jahr 1938 wurde der Wiener Internationale Psychoanalytische Verlag von den NS-Behörden liquidiert. Davon waren zwei weitere Zeitschriften betroffen: Die *Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse* und die legendäre *Imago*. Sigmund Freud gelang es 1939, beide Zeitschriften unter einem gemeinsamen Titel in London noch einmal herauszubringen, bevor sie 1941 völlig eingestellt werden mußten.¹⁴

Auch wohletablierte Disziplinen waren von ehrgeizigen Umgestaltungsplänen der Nationalsozialisten betroffen: In der Medizin, der Physik, der Chemie und der Geschichte¹⁵ versuchte man, eine völlige Neustrukturierung des Zeitschriftenwesens durchzusetzen. Auf dem Gebiet der Mathematik wäre es dem Berliner Akademie-Mitglied und Parteigenossen Ludwig Bieberbach beinahe gelungen, die beiden führenden mathematischen Referateorgane zu fusionieren: Das *Jahrbuch über die Fortschritte der Mathematik* (de Gruyter-Verlag, Berlin) und das *Zentralblatt für Mathematik* (Springer-Verlag). Die Vereinigung scheiterte am Veto der beiden Verlage und an der Tatsache, daß die Zeitschriften ihrer Natur nach nicht zusammenpaßten.¹⁶ Bieberbachs einziger Erfolg bestand darin, 1936

14 Murray G. Hall: The fate of the Internationaler Psychoanalytischer Verlag. In: Freud in exile. Ed. by Edward Timms and Naomi Segal. New Haven 1988, S. 90-105.

15 *Medizin*: Gemeint sind die Maßnahmen des »Beauftragten des Reichsärztesführers für die medizinische Fachpresse« (vgl. Anm. 13). Zur Person Klare vgl. Christian Staehr: Spurensuche. Ein Wissenschaftsverlag im Spiegel seiner Zeitschriften, 1886-1986. Stuttgart, New York: Thieme 1986, S. 77f. - Zur Zeitschriftenpolitik auch: Robert Proctor: Racial hygiene. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press 1988, insbesondere S. 74-79 und 315-326. - *Physik*: Johannes Stark: Die Organisation der physikalischen Forschung. In: Zeitschrift für technische Physik 14 (1933) S. 433-435. Max von Laue: Bemerkungen zu der vorstehenden Veröffentlichung von J. Stark [Stark: Zu den Kämpfen in der Physik während der Hitler-Zeit]. In: Physikalische Blätter 3 (1947) S. 272f. - Vgl. auch: Alan D. Beyerchen: Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in the Third Reich. New Haven, London: Yale Univ. Pr. 1977, S. 115ff. - *Chemie*: Aus Protokollen der Deutschen Chemischen Gesellschaft des Jahres 1936 geht hervor, daß damals eine Reduzierung der Zahl chemischer Zeitschriften ins Auge gefaßt wurde. 1938 erwog man eine Neuordnung des chemischen Referatewesens. Vgl. Walter Ruske: 100 Jahre Deutsche Chemische Gesellschaft. Weinheim: Verlag Chemie 1967, S. 169-173. - *Geschichte*: Zu den Bestrebungen, Friedrich Meinecke zum Rücktritt als Herausgeber der »Historischen Zeitschrift« zu veranlassen und den Einfluß des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands auf diese und andere geschichtswissenschaftliche Zeitschriften auszudehnen, vgl. Helmut Heiber: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart: DVA 1966, S. 278-313 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 13). - Hans Schleier: Die Historische Zeitschrift 1918-1943. In: Bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung von der Reichseinigung von oben bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Hrsg. von Joachim Streisand. Berlin: Akademie-Verlag 1965 (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, R. I, Bd. 21.), S. 251-302.

16 Reinhard Siegmund-Schultze: Beiträge zur Analyse der Entwicklungsbedingungen der Mathematik im faschistischen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Referatewesens. Phil. Diss. (B) Humboldt-Universität Berlin 1986, S. 164.

eine neue Zeitschrift ins Leben gerufen zu haben, die *Deutsche Mathematik* (Hirzel, Leipzig).¹⁷ »Wir dienen der deutschen Art in der Mathematik und wollen sie pflegen«, hieß es im Editorial. Die *Deutsche Mathematik* sollte ein Gegengewicht gegen die anderen mathematischen Zeitschriften bilden, die Bieberbach 1937 in einem Schreiben an die Deutsche Forschungsgemeinschaft wie folgt charakterisierte:

»Die eine (mathematische Annalen) wird von einem Juden redigiert. In einer anderen (mathematische Zeitschrift) erscheinen u.a. Arbeiten, die jüdischen Kommunistinnen gewidmet sind. In einer dritten (Grelles Journal) werden Arbeiten von Emigranten abgedruckt. Eine vierte (Quellen und Studien) wird von einem Juden und einem emigrierten Mischling geleitet.«¹⁸

Bieberbachs *Deutsche Mathematik* wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft großzügig unterstützt und begann mit einer Auflage von 6500. Aber das neue Organ fand wenig Anklang bei den deutschen Mathematikern: Der 2. Jahrgang wurde in 1000 Exemplaren, der 4. Jahrgang nur noch in 500 gedruckt. Auch die internationale Anerkennung blieb aus: In einer Liste der meistzitierten Zeitschriften der Mathematik in den Jahren 1942/1944 stand die *Deutsche Mathematik* mit 4 Zitaten an 92. Stelle. *Grelles Journal* (de Gruyter, Berlin) lag auf Rang 8, die *Mathematische Zeitschrift* auf Rang 6 (209 Zitate) und die *Mathematischen Annalen* (beide Springer-Verlag) auf Rang 2 (344 Zitate).¹⁹ Von einem »Gegengewicht« gegen die relativ unabhängig gebliebenen anderen mathematischen Zeitschriften konnte glücklicherweise nicht die Rede sein.

Neugründungen aus ähnlichen Motiven waren z. B. die Zeitschriften *Jomsburg. Völker und Staaten im Osten und Norden Europas* (Hirzel, Leipzig), die *Zeitschrift für Rassenkunde und ihre Nachbargebiete* (Ferdinand Enke, Stuttgart) oder die *Zeitschrift für Deutsche Geisteswissenschaft* (Eugen Diederichs, Jena). Sie alle zeichneten sich durch geringes Echo im Ausland und durch ihre kurzfristige Existenz aus. Keine dieser Zeitschriften ist über das Jahr 1944 hinaus erschienen.

17 Zur Rolle Bieberbachs und zur »Deutschen Mathematik« vgl. Erich Julius Gumbel: *Arische Naturwissenschaft?* In: *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*. Hrsg. von E.J. Gumbel. Straßburg: Seb. Brant-Verlag 1938, S. 246-262, insbes. S. 259-262. -Herbert Mehrrens: *Ludwig Bieberbach and »Deutsche Mathematik«*. In: *Studies in the history of mathematics*. Hrsg. von Esther R. Phillips. Mathematical Association of Amerika 1987, S. 194-241 (*Studies in Mathematics*, Vol. 26).

18 Schreiben vom 17. 2. 1937. Bundesarchiv Koblenz, R 73, Bd. 15.934. Gemeint sind in der Reihenfolge der erwähnten Zeitschriften: Otto Blumenthal, Emmy Noether, Richard von Mises, Otto Toeplitz und Otto Neugebauer. Vgl. Mehrrens (Anm. 17), S. 223. - Herrn Mehrrens verdanke ich die freundliche Mitteilung des genauen Wortlauts des Bieberbach-Zitats.

19 Charles Harvey Brown: *Scientific serials. Characteristics and lists of most cited publications in mathematics, physics, chemistry, geology, physiology, botany, zoology, and entomology*. Chicago: ACRL 1956, S. 171-174 (*ACRL Monograph*, 16).

Die nationalsozialistischen Umgestaltungsversuche liefen immer nach gleichem Muster ab: Zunächst wurde Druck auf die Redaktionen der Zeitschriften ausgeübt, sich »gleichzuschalten«. Sofern diese nicht dazu bereit waren, wurden sie mit anderen Mitteln attackiert: Oft genügte schon die Entziehung bislang gewährter DFG-Mittel, um ein Unternehmen zu kippen. Das widerfuhr 1938 etwa der *Historischen Vierteljahrsschrift* (Verlag der Baensch-Stiftung, Dresden) unter dem gemäßigt-liberalen Herausgeber Erich Brandenburg.²⁰ In anderen Fällen reichte es aus, einen Professor vorzeitig zu emeritieren, um damit indirekt auch seiner Zeitschrift die Basis zu entziehen: So geschehen 1935 dem Herausgeber Otto Hoetzsch bei der *Zeitschrift für osteuropäische Geschichte* (Osteuropa-Verlag, Königsberg und Berlin).²¹ Eine weitere Form des politischen Drucks auf unbequeme Fachorgane bestand darin, ihnen mit einer Vereinigung mit anderen Blättern zu drohen. In der Physik erwog man sogar eine zentrale Redaktionsleitung für alle deutschen physikalischen Zeitschriften. Die meisten dieser Versuche scheiterten daran, daß sich die Verleger als Eigentümer der Zeitschriften vehement gegen Konzentrationsmaßnahmen sperrten. Als letzter Ausweg, wenn sich alle Mittel als erfolglos erwiesen hatten, blieb den Nazi-Ideologen dann lediglich, neue wissenschaftliche Zeitschriften ins Leben zu rufen.

Der Krieg aber hat die Situation grundlegend verändert. Die Notwendigkeit, Personal und Material einzusparen, führte zur Einstellung vieler Zeitschriften oder zumindest zu einer Verlängerung ihres Erscheinungsintervalls. Im April 1943 kam es auf Anordnung der Reichspressekammer auch in größerem Umfang zur Zusammenlegung von Zeitschriften. So durfte z.B. von drei chemischen Periodika unterschiedlicher Verlage nur ein einziges weiter erscheinen. Über die konkrete Gestalt und den Titel der Einheitszeitschrift mußten sich die Verleger untereinander einigen. Das neue Papierkontingent ergab sich aus der Summe der bisher bewilligten Menge für die einzelnen Zeitschriften abzüglich 50%.²² Unter dem Vorwand, wichtige Ressourcen einzusparen, konnten in dieser Situation bestimmte unbequeme Zeitschriften ausgeschaltet werden. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß im Jahr 1944 mitten im »totalen Krieg« überhaupt nur noch 458 Zeitschriften in Deutschland erscheinen konnten, wobei von den politischen bis zu den Fachzeitschriften alles mitgezählt ist, fiel die Zusammenlegungsaktion des Jahres 1943 nicht mehr ins Gewicht.

Fazit: Die Neustrukturierung des wissenschaftlichen Zeitschriftenwesens war den Nationalsozialisten nicht im ursprünglich beabsichtigten Ausmaß gelun-

20 Helmut Heiber (Anm. 15) S. 308-311.

21 Christoph Kiessmann: Ostraumpolitik und Lebensraumpolitik im Dritten Reich. In: Wissenschaft im Dritten Reich. Hrsg. von Peter Lundgreen. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, S. 350-383, insbes. S. 360-362 (Edition Suhrkamp. 1306.)

22 Ruske (Anm. 15) S. 172f.

gen, weil ökonomische Sachzwänge dem entgegenstanden. Die Haltung insbesondere gegenüber den Exportzeitschriften muß behutsam genannt werden, wenn man die brutalen Gleichschaltungsmaßnahmen bei Hochschulen und wissenschaftlichen Organisationen zum Vergleich nimmt. Sie ist mit der Furcht der Regierung vor Einbrüchen bei den Deviseneinnahmen zu erklären.

Beteiligung von ausländischen und jüdischen Mitarbeitern

Die relativ starke Stellung der Exportzeitschriften wird auch in einer speziellen Frage deutlich, die in den ersten Jahren nach der Machtübernahme immer wieder aufgeworfen wurde: Sind deutsche Zeitschriften durch ausländische Arbeiten »überfremdet«? Kommen im Vergleich zu deutschen Wissenschaftlern zu viele Autoren aus dem Ausland zu Wort? Könnte man die von den Bibliothekaren geforderte Umfangsbeschränkung der deutschen Zeitschriften nicht dadurch erreichen, daß man den Platz für ausländische Beiträge beschneidet?

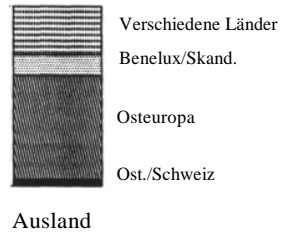
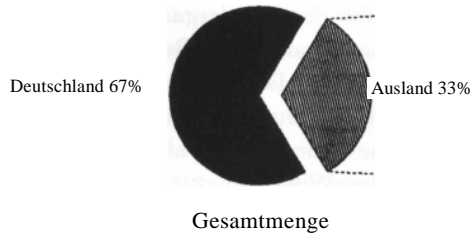
Es ist nicht verwunderlich, wenn solche chauvinistischen Überlegungen dazu geführt haben, daß viele Wissenschaftler aus dem Ausland ihre oft jahrzehntelange Mitwirkung bei deutschen Zeitschriften eingestellt haben. Tatsächlich ist z.B. bei der angesehenen *Zeitschrift für physikalische Chemie* (Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig) der Anteil der Beiträge nichtdeutscher Autoren von 61 % im Jahr 1927 auf 33% im Jahr 1937 zurückgegangen.²³

Doch gibt es überraschende Gegenbeispiele. Das *Archiv für experimentelle Zellforschung besonders Gewebe Züchtung* (Gustav Fischer, Jena) veröffentlichte von jeher nur zu einem kleineren Teil Beiträge deutscher Autoren. Etwa 85 % kamen 1932 aus dem Ausland. Dasselbe Verhältnis zeigte sich auch noch im Jahr 1938. In der *Zeitschrift für mikroskopisch-analytische Forschung* (Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig) steigt der Anteil ausländischer Beiträge im Vergleich der Bände des Jahres 1932 zu denen des Jahres 1938 von 49 % auf 56 %. Bei *Roux's Archiv für Entwicklungsmechanik* (Springer-Verlag) lauten die Zahlen 55% für 1932 und 59% für 1938. Bei den *Mathematischen Annalen* (Springer-Verlag) ist die Differenz noch größer (vgl. Graphik): 1932 waren ca. 33% der Autoren Ausländer, 1938 47%. (In der Kriegszeit ist dieser Anteil natürlich wieder abgesunken und beschränkt sich im wesentlichen auf Autoren aus von Deutschland abhängigen Ländern.)

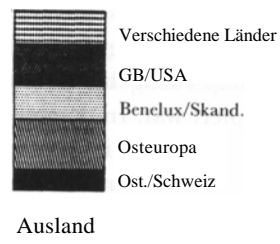
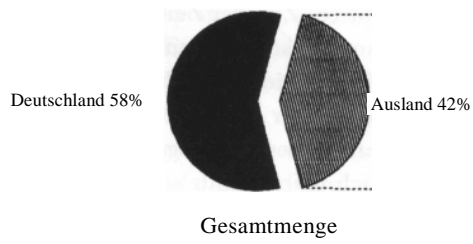
²³ Thomas Hapke: Die »Zeitschrift für physikalische Chemie, Stöchiometrie und Verwandtschaftslehre« und ihre Nachfolger (1887-1987). Hausarbeit zur Prüfung für den höheren Bibliotheksdienst. Köln: Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen 1987, S. 52 [maschinenschriftlich].

Mathematische Annalen
Herkunft der Autoren 1932-1938

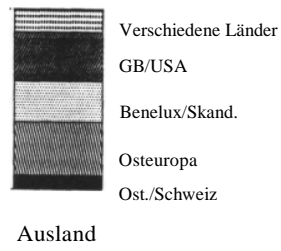
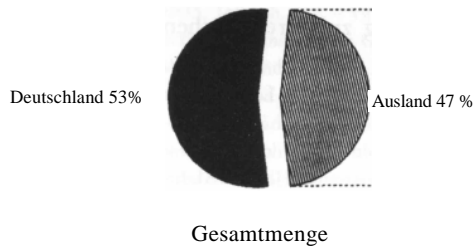
1932
(Jahrgang 106 und 107 mit insgesamt 79 Beiträgen)



1935
(Jahrgang 110 und 111 mit insgesamt 103 Beiträgen)



1938
(Jahrgang 115 und 116 mit insgesamt 86 Beiträgen)



Wenn umfangreichere Daten zu dieser Frage vorliegen, wird man mit größerer Sicherheit Aussagen darüber machen können, wie sich die Herkunft der Autoren verschoben hat. Der hohe Anteil ausländischer Beiträge zumindest bei einigen wichtigen Forschungszeitschriften ist aber eine Tatsache. Joseph Needham hat das Phänomen schon 1941 bei der *Biochemischen Zeitschrift* (Springer-Verlag) beobachtet und es als Zeichen für den Niedergang der deutschen Wissenschaft gedeutet. Die Zeitschriften hätten allein mit Beiträgen deutscher Autoren ihr Niveau nicht mehr halten können.²⁴ Diese Interpretation scheint durchaus richtig zu sein. Die traditionsreichen deutschen Periodika hatten nach dem Exodus deutscher Gelehrter gar keine andere Wahl, als auf qualifizierte ausländische (z.T. auch emigrierte deutsche) Wissenschaftler zurückzugreifen. Daß sie sich diese Freiheit nehmen konnten, ist damit zu erklären, daß die nationalsozialistische Regierung die Exportorientierung der wissenschaftlichen Zeitschriften in der Preisdiskussion mit den amerikanischen Bibliothekaren einmal akzeptiert hatte. Außerdem sind auch globale Veränderungen des Wissenschaftssystems in Rechnung zu stellen, die von den Nationalsozialisten gar nicht aufgehalten werden konnten: Die Internationalisierung der wissenschaftlichen Kommunikation²⁵, wie sie sich auch in den zunehmend wichtiger werdenden großen Kongressen bemerkbar machte, war ein Zug der Zeit.

Voraussetzung für die internationalen Autorenkontakte einer Zeitschrift war, daß das Fachgebiet von den Nationalsozialisten ideologisch nicht vollständig okkupiert war. Im Fach Geschichte wäre ein hoher Ausländeranteil undenkbar gewesen, ebenso in der Chemie, der nationale Bedeutung zugemessen wurde. In der Mathematik war dies schon eher möglich. Hier konnte sogar ein politischer Emigrant aus Deutschland, Otto Neugebauer, jahrelang das *Zentralblatt* und andere Publikationen von Kopenhagen aus redigieren. Ende 1938 jedoch trat er aus Protest gegen den wachsenden Druck auf die jüdischen Mitarbeiter von seinen Aufgaben zurück. Zusammen mit ihm verließen vier von elf Mitherausgebern die Zeitschrift - alles berühmte, im Ausland lehrende Mathematiker. Einige von ihnen beteiligten sich an der Gründung eines amerikanischen Konkurrenzunternehmens, den *Mathematical Reviews*.²⁶

Die deutschen Zeitschriftenverleger hatten also ein starkes Eigeninteresse daran, die Tendenz zur Selbstabschottung zu durchbrechen, einmal, um die

24 Joseph Needham: *The Nazi attack on international science*. London: Watts 1941, insbesondere S. 28-31.

25 In bezug auf das mathematische Referatewesen belegt diese These: Siegmund-Schultze (Anm. 16) S. 58 f.

- Auf die Internationalität verweist auch Herbert Mehrrens: *The Gleichschaltung of mathematical societies in Nazi Germany*. In: *The Mathematical Intelligencer* 11 (1989) No. 3, S. 48-60, hier S. 59.

26 Siegmund-Schultze (Anm. 16) S. 153 und Anlage 7.

wichtigen Absatzmärkte im Ausland nicht zu verlieren, zum anderen aber auch, um zu verhindern, daß Konkurrenzunternehmen in den europäischen Nachbarstaaten und den USA das Terrain besetzten. Mit dieser Strategie gelang es ihnen eine Zeitlang, die international führende Stellung der deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften abzusichern.

Besondere Beachtung verdient die Frage der jüdischen Mitarbeiter an wissenschaftlichen Zeitschriften. Sie war den Ideologen des Nationalsozialismus noch viel wichtiger als die mögliche »Überfremdung« durch Ausländer. Hier zeigt sich insgesamt ein trostloses Bild, das nur durch ganz wenige Lichtblicke aufgehellert wird.

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft gab es erstaunlicherweise keine rechtliche Bestimmung, die den Ausschluß von jüdischen Mitarbeitern juristisch verbindlich vorgeschrieben hätte. Wissenschaftliche Autoren bzw. Herausgeber brauchten nicht Mitglied der Reichsschrifttumskammer zu werden und fielen nicht unter den Arierparagraphen des Schriftleitergesetzes.²⁷ Erst die »Amtliche Bekanntmachung der Reichsschrifttumskammer Nr. 70« vom 15. April 1940²⁸ bildete die juristische Basis für ein Herstellungs- und Verbreitungsverbot jüdischer Literatur. In § 4 werden »Werke voll- oder halb-jüdischer Verfasser« verboten, auch wenn sie nicht in die *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* eingetragen sind. Eine solche Liste wurde von der Reichsschrifttumskammer geführt. Die betreffenden Publikationen durften übrigens auch nicht exportiert werden.²⁹

Bei der Durchsetzung der »Nationalen Revolution« kam es aber nur in eingeschränktem Maß auf das kodifizierte Recht an. Viel entscheidender war die freiwillige Bereitschaft zur Kollaboration. So erscheint am 5. August 1933 in der *Juristischen Wochenschrift* (W. Moeser Buchhandlung, Leipzig) auf der ersten Seite eine stark hervorgehobene Erklärung, in der es u.a. heißt:

»Die *Juristische Wochenschrift* (...) kann nur Beiträge von Personen veröffentlichen, die Arier sind. Bücher, deren Verfasser Nichtarier oder die in nichtarischen Verlagsunternehmungen erschienen sind, werden im Schrifttum nicht besprochen; Anzeigen über solche Bücher werden auch nicht in den Anzeigenteil aufgenommen.«

27 Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 713. - Vgl. Gerhard Menz: Der Aufbau des Kulturstandes. Die Reichskulturkammergesetzgebung, ihre Grundlagen und ihre Erfolge. München, Berlin: Beck 1938 (Arbeit und Wissen, Band 3).

28 Abgedruckt im Börsenblatt Nr. 117 vom 23. Mai 1940 sowie im Anhang der Arbeit von Dietrich Aigner: Die Indizierung schädlichen und unerwünschten Schrifttums< im Dritten Reich. In: Archiv für Geschichte des Buchwesens 11 (1970) Sp. 933-1034.

29 Nach einer Bekanntmachung der Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels vom 25. 2. 1941. In: Handbuch der Reichsschrifttumskammer. Hrsg. von Wilhelm Ihde. Leipzig: Börsenverein 1942, S. 80.
30 Jahrgang 62 (1933) Heft 31, S. 1689.

In zahlreichen Fällen fehlen schon 1933 jüdische Herausgeber ohne besondere Erklärung plötzlich auf dem Titelblatt von Zeitschriften, die sie jahrelang betreut hatten. So ist es z. B. David Katz bei der *Zeitschrift für Psychologie* (Verlag Johann Ambrosius Barth, Leipzig) ergangen oder William Stern sowohl bei der *Zeitschrift für pädagogische Psychologie und Jugendkunde* (Quelle & Meyer, Leipzig) als auch bei der *Zeitschrift für angewandte Psychologie und Charakterkunde* (Johann Ambrosius Barth).³¹ Diese Namen stehen für Hunderte weiterer Betroffener. Die letzten jüdischen Herausgeber wurden nach den Novemberpogromen des Jahres 1938 zum Ausscheiden genötigt.

Ihre Ersetzung durch »arische« Nachfolger konnte den Lesern nicht verborgen bleiben. Auch das allmähliche Fehlen von Beiträgen jüdischer Mitarbeiter ließ sich nicht vertuschen. Völlig im dunkeln aber blieb, wenn eine Auseinandersetzung mit jüdischen Wissenschaftlern gar nicht mehr stattfand und ihre Namen aus den Literaturverzeichnissen getilgt wurden. Dafür ist der folgende Brief eines Zeitschriftenherausgebers ein unrühmliches Beispiel:

»Ich habe mich gestern den ganzen Tag mit Hennig bzw. dessen Manuskript herumgeschlagen. Wir konnten schließlich das Referat so wesentlich kürzen, daß wir ein Dutzend Bücher ganz einfach strichen, oft alte Sachen, deren Verlage gar nicht mehr existieren, Bücher jüdischer Autoren, wo sowieso nicht reklamiert werden wird usw.«

Hier wird deutlich erkennbar, daß es nicht nur die Parteistellen oder gleichgeschalteten Berufsorganisationen waren, die für den Ausschluß von Juden aus der wissenschaftlichen Kommunikation sorgten, sondern auch die Alltagsbequemlichkeit, die sich den herrschenden Antisemitismus gedankenlos zunutze machte, ihren Teil dazu beitrug. Mit Furcht vor Sanktionen ist solches Verhalten nicht zu erklären. Die Nationalsozialisten hatten keineswegs alles unter Kontrolle. So war es einem international verbreiteten Referateorgan wie dem *Zentralblatt für die gesamte Neurologie und Psychiatrie* (Springer-Verlag) noch bis 1944 möglich, in nahezu jedem Heft Werke jüdischer Autoren zu besprechen. In Band 102 (1942) waren dies etwa Schriften von Maurice H. Pincus, Albert Salmon, David J. Cohn, B. Berliner, Leo Spiegel, D. Rosenstein, Benjamin Friedman,

31 Joachim F. Wohlwill: German psychological Journals under National Socialism. A history of contrasting paths. In: *Journal of the history of the behavioral sciences* 23 (1987) S. 169-185.-Zu den psychologischen Zeitschriften vgl. auch: Eckart Scheerer: Fifty volumes of psychological research/*Psychologische Forschung*. The history and present Status of the Journal. In: *Psychological research* 50 (1988), S. 71-82. - Mitchell G. Ash: Ein Institut und eine Zeitschrift. Zur Geschichte des Berliner Psychologischen Instituts und der Zeitschrift »*Psychologische Forschung*« vor und nach 1933. In: *Psychologie im Nationalsozialismus*. Hrsg. von Carl Friedrich Graumann. Berlin, Heidelberg, New York: Springer-Verlag 1985, S. 113-137.

32 Erich Rothacker an Paul Kluckhohn am 30. 8. 1937. Deutsches Literaturarchiv Marbach: Bestand Deutsche Vierteljahrsschrift.

Karl Landsteiner, Theodora Abel, Betti Katzenstein, Leon Epstein, G. M. Davidson, H. Goldman, R. Grünthal, Bernard Epstein, J. L. Abramson, Marcell David, Nathan Einhorn, Fritz Buchthal, Z. Lebensohn, L. Guttmann.

Die wenigen positiven Beobachtungen lassen jedoch nicht den Schluß zu, daß es den Exportzeitschriften wesentlich besser als anderen Blättern gelang, die Ausschaltung der Juden aus der Welt der Wissenschaft zu verhindern.

Zensur

Die Unabhängigkeit der Zeitschriften war auch durch Zensureingriffe gefährdet. In der Literatur zum Thema³³ ist die Frage der nationalsozialistischen Zensur für wissenschaftliche Literatur allzu stiefmütterlich behandelt worden, so als habe sie damals keine Rolle gespielt. Deshalb sollen die Verfahren und Kompetenzen bei der Literaturüberwachung an dieser Stelle etwas ausführlicher beschrieben werden.

Die Voraussetzungen für die Disziplinierung von Autoren und Verlegern schuf die Hitler-Regierung bereits im Februar 1933. Mit einer Serie von Verordnungen wurden wichtige Grundrechte, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit, außer Kraft gesetzt. Unmittelbar betroffen waren wissenschaftliche Autoren vom »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933³⁴, wenn sie hauptberuflich an staatlichen Hochschulen arbeiteten. Sofern sie »nichtarischer« Abstammung waren oder nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür boten, »daß sie rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten«, wurden sie aus ihren Ämtern entlassen. Für die Betroffenen bedeutete diese Maßnahme zugleich ein faktisches Publikationsverbot³⁵, für die Nicht-Betroffenen war das Gesetz - weit über seinen engeren Anwendungsbereich hinaus - ein Akt von einschüchternder Wirkung.

33 Zum Thema nationalsozialistische Zensur vgl. Aigner (Anm. 28) sowie Dietrich Strothmann: Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich. Bonn: Bouvier 1960 (Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft Bd. 13).- Volker Dahm: Das jüdische Buch im Dritten Reich. In: Archiv für Geschichte des Buchwesens 20 (1979) Sp. 1-300. - Ders.: Nationalsozialistische Schrifttumspolitik nach dem 10. Mai 1933. In: 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen. Hrsg. von Ulrich Walberer. Frankfurt a. M.: Fischer 1983, S. 36-83. - Hermann Haarmann, Walter Huder, Klaus Siebenhaar: >Das war ein Vorspiel nur.. .< Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen. Ausstellung der Akademie der Künste vom 8. 5.-3. 7. 1983. Berlin, Wien: Medusa-Verlagsgesellschaft 1983, S. 255-332 (Akademie-Katalog 137).

34 Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 175-177.

35 Dorothee Musgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Heidelberg: Winter 1988 (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, N. F. Band 2), S. 128-131.

Als im Herbst 1933 die Reichskulturkammer mit ihren Einzelkammern - u. a. der Reichsschrifttums- und Reichspressekammer- gebildet wurde, mußten alle Schriftsteller und Publizisten, wenn sie weiter in Deutschland veröffentlichen wollten, zwangsweise die Mitgliedschaft erwerben. Die wissenschaftlichen Autoren waren davon ausgenommen, wenn sie sich lediglich auf ihrem Fachgebiet schriftstellerisch betätigten.

Die Verleger waren — anders als die Verfasser wissenschaftlicher Literatur — dem Einfluß des Propaganda-Ministeriums direkt ausgesetzt. Sie mußten in jedem Fall Mitglied der Reichsschrifttumskammer werden. Eine zusätzliche Mitgliedschaft bei der Reichspressekammer war dann erforderlich, wenn Zeitschriften zum Verlagsprogramm gehörten, die häufiger als vierteljährlich erschienen und sich an ein allgemeines Publikum richteten. Zugleich waren die Verleger im »Reichsverband Deutscher Zeitschriften-Verleger« organisiert, der korporatives Mitglied der Reichspressekammer war. Damit wurden sie zu unmittelbaren Adressaten staatlicher oder halbstaatlicher Direktiven.

Das Propagandaministerium formulierte in erster Linie die strategischen Richtlinien, die dann über die Kammern bzw. deren Mitgliedsverbände an die Verleger und schließlich an die Herausgeber weitergegeben wurden. Das Goebbels-Ministerium besaß auch die Verbotsvollmacht, hat aber davon meines Wissens bei einer wissenschaftlichen Zeitschrift keinen Gebrauch gemacht. Das hätte auch unweigerlich zu einem Kompetenzkonflikt mit dem Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung geführt.

Von welcher Art die allgemeinen Anweisungen des Propaganda-Ministeriums gewesen sind, sei an einem Beispiel demonstriert, das die Volksabstimmung über den »Anschluß« Österreichs am 10. April 1938 betrifft. In der Anordnung an alle Zeitschriftenverleger heißt es:

»1. Alle deutschen Zeitschriften haben sich in den kommenden Wochen in den Dienst der Volksabstimmung zu stellen. [...] 3. Alle Monatszeitschriften haben den Redaktionsschluß für die April-Nummer zunächst bis zum 25. März aufzuschieben.«

In der folgenden Anordnung wurden als Wahlkampfthemen für die Zeitschriften vorgegeben: »Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich« und »Fünf Jahre Aufbauarbeit unter Adolf Hitler«. »Jede Zeitschrift soll im Rahmen ihres Aufgabenbereiches auf die Bedeutung dieser Volksabstimmung hinweisen.«³⁶ Die wissenschaftlichen Zeitschriften konnten sich dieser politischen Aktion keineswegs

³⁶ Anordnung Nr. 1 (verbreitet durch Rundschreiben des Reichsverbands der Zeitschriftenverleger am 19. 3. 1938) und Anordnung Nr. 2 (mitgeteilt am 21. 3. 1938) sind abgedruckt bei Gerhard Sandner: Die Geographische Zeitschrift 1933-1944. Eine Dokumentation über Zensur, Selbstzensur und Anpassungsdruck bei wissenschaftlichen Zeitschriften im Dritten Reich. In: Geographische Zeitschrift 71 (1983) S. 65-87 und 127-149, hier S. 70f.

entziehen. Zeitschriften wie die *Chemische Apparatur*, die *Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen* oder *Die Naturwissenschaften* (alle Springer-Verlag) nahmen aus Anlaß der Volksabstimmung eine vom Reichsverband vorformulierte Beilage mit dem Titel »Jede Stimme dem Führer des größeren Deutschland« auf. Andere Blätter gaben sich mehr Mühe, das Ereignis gebührend zu würdigen. Die *Historische Zeitschrift* (Verlag Oldenbourg, München) eröffnete ihren 158. Band (1938) mit einem feierlichen Geleitwort des Herausgebers Karl Alexander von Müller, das mit dem Satz begann: »Dies ist das erste Heft der »Historischen Zeitschrift« welches in dem neuen Großdeutschen Reich erscheint.«

Der Reichsverband bildete, wie diese Beispiele belegen, den Transmissionsriemen für die Direktiven des Propaganda-Ministeriums. Von Fragen der Papierbewirtschaftung bis zum Export war dieser Verband die Instanz, die für die Entwicklung der wissenschaftlichen Zeitschriften praktisch am bedeutsamsten gewesen ist.³⁷

Eine dritte Steuerungsgewalt neben Staat und Fachverband beanspruchte die Partei. Es gab zahlreiche Schrifttumsämter der NSDAP. Besonders intensiv ist das wissenschaftliche Schrifttum von zwei Stellen überwacht worden:

- a) Von der »Parteiämtlichen Prüfungskommission zum Schütze des NS-Schrifttums« (PPK). Ihr Vorsitzender war Philipp Bouhler, ihr Leiter Karl-Heinz Hederich, der in Personalunion auch der Abteilung VIII (Schrifttum) des Propaganda-Ministeriums vorstand. Der parteiämtliche Zensurauftrag hatte durch ein Abkommen mit der Reichsschrifttumskammer Verbindlichkeit für den Buchhandel, so daß von der PPK beanstandete Bücher praktisch nicht verbreitet werden konnten.³⁸ Ein positives Votum der Kommission war mit der Aufnahme des entsprechenden Titels in die *NS-Bibliographie* verbunden und wirkte sich in der Regel verkaufsfördernd aus. Für das periodische Schrifttum war die PPK eigentlich nicht zuständig. Nur in Verbindung mit der am 1. Juni 1938 eingeführten »Führerzitateprüfung« mußten auch Zeitschriftenmanuskripte bei dieser Stelle zur Genehmigung eingereicht werden, wenn sie Zitate aus einer Hitler-Rede oder aus *Mein Kampf* enthielten.³⁹

37 Die Bedeutung des Reichsverbandes wird bei Sandner (Anm. 36) sehr gut herausgearbeitet.

38 Anordnung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer betr. Verbreitungsverbot der von der Parteiämtlichen Prüfungskommission beanstandeten Schriften vom 16. 4. 1935. In: Das Recht der Reichskulturkammer. Hrsg. von Karl-Friedrich Schrieber. Band 2: Vom 1. Januar bis 30. Juni 1935. Berlin: Junker & Dünnhaupt 1935, S.90f.

39 Dazu Jürgen Soenke: Studien über zeitgenössische Zensursysteme. Phil. Diss. Greifswald. Prag 1940, S. 69.

b) Sodann spielte das »Amt Schrifttumspflege« bzw. die angegliederte »Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums« unter Alfred Rosenberg eine ideologisch wichtige Rolle. Diese Institution sollte eigentlich nur die für die Schulung der Parteimitglieder relevante Literatur überprüfen, verstand ihren Auftrag aber sehr umfassend. Mit Hilfe von Hunderten ehrenamtlicher Lektoren wurde eine *Bücherkunde* zusammengestellt, der ab November 1935 ein *Jahresgutachten-Anzeiger* beigelegt war. Auch wissenschaftliche Zeitschriften wurden in diesem Blatt empfohlen oder verworfen. Dort erfuhr z. B. der von Hans Freyer mitherausgegebene *Volksspiegel. Zeitschrift für Soziologie und Volksgemeinschaft* (Kohlhammer Verlag, Stuttgart) eine detaillierte ablehnende Kritik.⁴⁰

Aus der Perspektive eines betroffenen Herausgebers stellte sich die gutachterliche Arbeit des Rosenberg-Amtes so dar:

»Eines Morgens beim Frühstück zeigte mir jemand ein vertrauliches Rundschreiben an die Lektoren der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums, in welchem (...) gesagt wurde daß wir die D. V.J. [Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte] hermetisch usw. gegen den neuen Geist verschlossen und uns seit 1933 nicht gewandelt hätten. Ich vermute, daß der mir wenig wohl gesinnte Franz Koch dahinter steht, glaube aber, daß man nichts gegen diese böswillige Verunglimpfung unternehmen kann, was auch die Meinung Will Vespers war, sondern einfach sich treu bleiben muß.«

Der Schreiber dieser Zeilen, Paul Kluckhohn, ereifert sich mehr über die angeblich falsche Beurteilung der Zensurstelle als über den Vorgang als solchen. Immerhin erkennt er mit dem scharfen Blick des Betroffenen, daß die Sanktionsmöglichkeiten der Reichsstelle begrenzt waren und aus dieser Richtung keine konkreten Konsequenzen befürchtet werden mußten.⁴²

Aber es gab noch weitere Instanzen, die Einfluß auf die Redaktionspolitik zu nehmen suchten, etwa Berufsverbände und wissenschaftliche Vereinigungen. Das *Zentralblatt für Psychotherapie* (Hirzel, Leipzig) konnte zwischen Februar und Dezember 1933 überhaupt nicht erscheinen, weil die herausgebende Körperschaft, »die allgemeine ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie sich auf die nationale Revolution und die von Grund aus veränderte Daseinsform des deutschen Volkes erst umstellen mußte, bevor sie die Arbeiten und Gedankengänge ihrer forschenden Mitglieder einem größeren Kreise wieder vorlegen konnte.«⁴³ Der neue Herausgeber C. G. Jung und der neue Reichsführer der Gesellschaft

40 Bücherkunde der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums 2 (1935) S. 149 bzw. 244.

41 Kluckhohn an Rothacker am 19. 5. 1938 (Anm. 32).

42 So urteilt auch Dahm 1983, S. 73 (Anm. 33).

43 Zentralblatt für Psychotherapie 6 (1933) S. 141.

M. H. Göring achteten darauf, daß in Zukunft »einseitige Betrachtungsweisen« vermieden und die »längst bekannten Verschiedenheiten der germanischen und jüdischen Psychologie nicht mehr verwischt« wurden.⁴⁴

Eine weitere Spielart der Zensur muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Die forcierte Aufrüstung im Rahmen des Vierjahresplans führte schon ab Herbst 1936 zu einer strengen Rohstoffbewirtschaftung. Die Verleger durften ihren Papierbedarf seither nicht mehr pauschal anmelden, sondern waren genötigt, ihn für jedes Buch- und Zeitschriftenprojekt im einzelnen zu begründen. Damit bekam das Prüfungsgremium bei der Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels ein hochwirksames Zensurinstrument in die Hand. Es diente insbesondere seit der verschärften Kriegslage im Jahr 1942 nicht bloß zum gelegentlichen Eingriff in die Literaturproduktion, sondern konnte, als wirtschaftliche Notmaßnahme getarnt, zur verborgenen Steuerung des gesamten Verlagswesens genutzt werden. In allen Zweifelsfällen mußten die Manuskripte der Wirtschaftsstelle vorgelegt werden.⁴⁵

Nach Kriegsbeginn wurden die Zensurbestimmungen deutlich verschärft. Neben dem Papierantrag war es nun nötig, bestimmte Verlagsobjekte anzumelden. Nach einer Verfügung des Propaganda-Ministeriums vom 1. April 1940 waren die Verleger verpflichtet, detaillierte Auskünfte über Verfasser, Inhalt, Aufbau und Veröffentlichungsgrund für jedes geplante Werk auf folgenden Gebieten zu geben:

- » 1. Wehrschrittm sowie das politische und schöngeistige Schrittm, soweit es die Interessen der Wehrmacht berührt oder im Titel auf diese Bezug nimmt.
2. Außenpolitisches Schrittm sowie geschichtliches Schrittm, soweit es in Beziehung zum jetzigen Krieg steht.
3. Wirtschaftspolitisches Schrittm.«⁴⁶

Für die letzte Kategorie hatte das Reichswirtschaftsministerium schon im Februar 1940 ausführliche »Richtlinien zur Beschränkung von Veröffentlichungen im Bereich der Wirtschaft« erlassen. Darin wurden alle Zahlen und sonstigen Angaben, alle bildlichen und kartographischen Darstellungen, durch die wehrwirtschaftliche und wehrpolitische Belange des Deutschen Reiches gefährdet werden konnten, von der Veröffentlichung ausgeschlossen.⁴⁷ Von der Anmeldepflicht waren im Grunde die gesamten Naturwissenschaften und die Technik betroffen, aber auch weite Bereiche der Geisteswissenschaften. Alles konnte letztlich für die Kriegsführung von Bedeutung sein.

44 Ebenda S. 139 (Geleitwort G.G. Jung).

45 Vgl. Hövel (Anm.7) S.B13f.

46 Handbuch (Anm.29) S. 137.

47 Ebenda S. 141.

Der nächste Schritt nach der Anmeldung war die Vorlage des Manuskripts oder der Fahnen bei der Abteilung Schrifttum des Ministeriums.⁴⁸ Erst aufgrund dieser Prüfung konnte das Werk freigegeben werden. Unabhängig davon mußte aber der Antrag auf Papierbewilligung genehmigt sein. Um in diesem bürokratischen Dickicht nicht zu straucheln, sind manche Verleger dazu übergegangen, der Einfachheit halber jedes im Umbruch vorliegende Zeitschriftenheft vor dem Druck in Berlin genehmigen zu lassen.⁴⁹ Dabei handelte es sich aber um eine freiwillige Vorsichtsmaßregel.

Die Schriftleitung der etwas sorgloser verfahrenen *Geographischen Zeitschrift* (Teubner, Leipzig) erhielt im März 1941 einen scharfen Ordnungsruf des Propagandaministeriums wegen eines Artikels über Griechenlands wirtschaftliche und politische Lage:

»Angesichts der Tatsache, daß Griechenland auf die Seite Englands getreten ist, muß ein Überblick über die deutsch-griechischen Beziehungen in der Art, wie er in dem Artikel gegeben wurde, als völlig abwegig bezeichnet werden. [Der Beitrag] ist unter den gegenwärtigen Umständen durchaus unangebracht und widerspricht dem Geist deutsch-italienischer Freundschaft.«

Die Praxis der Planungsanmeldung und Manuskriptprüfung mitten im Krieg hatte langwierige Verzögerungen bei der Publikation zur Folge. Im Frühjahr 1944 war der Rückstau unbearbeiteter Anträge offensichtlich so groß geworden, daß das Ministerium die Verleger bitten mußte, bis auf weiteres keine Manuskripte mehr zur Bearbeitung einzureichen. Vielmehr wurde den Verlegern selber die volle Verantwortung dafür übertragen, daß keinerlei für die Kriegsgegner interessante Unterlagen veröffentlicht werden bzw. zur Ausfuhr gelangen. Die staatliche Zensur hatte es in den Jahren zuvor längst geschafft, Autoren und Verleger nachhaltig zu disziplinieren und konnte es sich in dieser Situation, als sowieso kaum noch publiziert wurde, leisten, auf die Ausübung formeller Kontrollen zu verzichten.

Hält man sich alle Maßnahmen vor Augen, dann kann man die Behauptung, es habe für wissenschaftliche Literatur in der Nazi-Zeit keine Zensur gegeben, nur als Verharmlosung bezeichnen. Richtig ist, daß es keine standardisierten Kontrollverfahren gab. Jeder Verleger hatte theoretisch die Möglichkeit, ohne Vorprüfung durch eine amtliche Stelle das zu veröffentlichen, was er für richtig hielt. In der NS-Propaganda wurde dieser Zustand euphemistisch als »Selbstverantwortung« der Verleger bezeichnet. Es war aber eine Scheinverantwortung

48 Die Prüfung war schon am 1. 2. 1940 in einer Anordnung von Goebbels verbindlich vorgeschrieben worden. Ebenda S. 137.

49 Dies wird z. B. 1941 von der »Umschau. Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik« (Breidenstein Verlagsgesellschaft, Frankfurt a. M.) berichtet. Vgl. Sandner (Anm. 36) S. 83f.

50 Sandner (Anm. 36) S. 82.

innerhalb von eng definierten Grenzen, die man nur deshalb einräumen mußte, weil die Einzelfallzensur von ca. 20000 neu erscheinenden Büchern (Erstauflagen) und 5700 laufenden Zeitschriften (im Jahr 1938) einen gigantischen Kontrollapparat erfordert hätte. Jeder Beteiligte war sich völlig darüber im klaren, welche Reizthemen (z.B. Relativitätstheorie, Psychoanalyse), welche Methoden (z. B. marxistische Ansätze) oder welche Aussagen (z. B. Kritik an den ideologischen Grundlagen der NS-Politik) um den Preis der Weiterexistenz der Zeitschrift zu vermeiden waren. Die zahlreichen Richtlinien bzw. Bewertungen der verschiedensten Stellen bezeichneten die Gleise, auf denen man sich zu bewegen hatte, sehr genau.

Auffallend ist, daß konkrete Zensureingriffe bei der derzeitigen Quellenlage im Bereich der Exportzeitschriften nicht nachgewiesen werden können. Das hängt vielleicht damit zusammen, daß etwa spezielle biochemische und mathematische Themen, die in diesen Zeitschriften behandelt wurden, für ideologische Einflüsse nur wenig Ansatzpunkte boten. Man mußte von den »reinen« auf die »angewandten« Wissenschaften übergehen, wenn man auch in Disziplinen wie Mathematik eine Politisierung wünschte. Dann boten sich Themen wie Erbmathematik, volkswissenschaftliche Statistik, Bildmessung und Flugzeugortung, Wehr- und Sportmathematik an. Eine solche Ausrichtung auf Interessen der NS-Politik aber konnte nicht mit dem Instrument der Zensur erzwungen, sondern nur auf dem Weg der Selbstanpassung erreicht werden.

Manche Zeitschriftenredaktionen taten in voller Begeisterung für die »nationale Revolution« mehr, als die neuen Machthaber von ihnen erwarten konnten. Kein Parteifunktionär wäre wohl im Januar 1933 auf die Idee gekommen, eine Titelländerung der Zeitschrift *Euphorion. Zeitschrift für Literaturgeschichte* (Metzler, Stuttgart) zu verlangen. Diese Maßnahme blieb den Verantwortlichen selber vorbehalten, die in dem Titel eine »überbetonte Abhängigkeit deutscher Bildung von humanistischer Gelehrsamkeit« zum Ausdruck kommen sahen und ihn deshalb veränderten.⁵¹ Die Zeitschrift nannte sich unter den neuen Herausgebern Hermann Pongs und Julius Petersen mit dem Jahrgang 1934 *Dichtung und Volkstum*.

Dies war nicht bloß eine formale Änderung, sondern zugleich ein Signal für eine neue inhaltliche Ausrichtung, wie sie in den Titeln der ersten drei Beiträge von *Dichtung und Volkstum* programmatisch erkennbar wird: Joseph Nadler schreibt über »Rassenkunde, Volkskunde, Stammeskunde«, Julius Petersen

51 *Dichtung und Volkstum* 35 (1934). - Zu dieser Zeitschrift vgl. Reinhard Wittmann: Ein Verlag und seine Geschichte. Dreihundert Jahre J. B. Metzler Stuttgart. Stuttgart: Metzler 1982, S. 575f. und 582-585. - Reinhard Tgahrt: Beiträge der Literaturwissenschaft. In: *Klassiker in finsternen Zeiten 1933-1945. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs. Marbach 1983, Band I, S. 244-298, insbesondere S. 249-251.*

über »Die Sehnsucht nach dem Dritten Reich in deutscher Sage und Dichtung« und Hermann Pongs über den »Krieg als Volksschicksal im deutschen Schrifttum«. Die Themenwahl erfolgte fortan in nationalsozialistischem Geiste.

In der *Deutschen Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* (Max Niemeyer Verlag, Halle a. d. S.) wird den Lesern keine spektakuläre Neuorientierung aufgefallen sein. Und doch fehlen auch hier plötzlich bestimmte Themen oder methodische Ansätze, die man in einem anderen politischen Klima wohl nicht hätte unterschlagen können. 1935 äußert sich ein Herausgeber, Paul Kluckhohn, folgendermaßen:

»Du weißt, ich bin nicht dafür, daß wir wie es etwa die Zeitschriften des Verlages Siebeck getan haben mit Volldampf gleichschalten und etwa Beiträge bewährter jüdischer Mitarbeiter zurückweisen, aber mit der Psychoanalyse in der Literaturwissenschaft habe ich nie mitgekonnt und ich stehe ihr jetzt natürlich nicht weniger ablehnend gegenüber. Auch wenn Pfandl in dem Fall des Narzißmythos recht haben mag...«

Das Manuskript wird aus Gründen abgelehnt, die mit den herrschenden Ressentiments konvergieren und damit einer rationalen Argumentation entzogen sind. Eine andere Form von Anpassung zeigt sich in den drei führenden deutschen geographischen Zeitschriften. Dort sind während der Nazi Herrschaft die Länder Japan, Norwegen (Skandinavien überhaupt) und die ehemaligen afrikanischen Kolonien Deutschlands zu wichtigen Forschungsthemen aufgestiegen - parallel zu den Interessen der nationalsozialistischen Politik. Natürlich wurde 1938 auch der »Anschluß« Österreichs in den geographischen Zeitschriften entsprechend umfangreich mit wissenschaftlichen Beiträgen begleitet.⁵³ Dabei mochten die Forschungsarbeiten durchaus seriös sein - in diesem Kontext verloren sie ihre akademische Unschuld und wurden zu einer politischen Demonstration.

Auch an diesen Beispielen zeigt sich: Zeitschriften mit weltanschaulichen Bezügen und einem Leserkreis, der überwiegend in Deutschland beheimatet war, befanden sich in einer besonders exponierten Lage und hatten nur begrenzte Spielräume.

52 Kluckhohn an Rothacker am 5. 3. 1935 (wie Anm. 32). - Zur Ausrichtung der Zeitschrift vgl. Wilhelm Vosskamp: Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich. In: Wissenschaft im Dritten Reich. Hrsg. von Peter Lundgreen. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, S. 140-161, insbesondere S. 145f. (Edition Suhrkamp, 1306).

53 Zum Beispiel Henning Heske: German geographical research in the Nazi period. A content analysis of the major geography Journals, 1925-1945. In: Political geography quarterly 5 (1986) S. 267-281.

Resümee

In der Diskussion mit ausländischen Bibliothekaren über die Preise deutscher wissenschaftlicher Zeitschriften hat die NS-Regierung Partei für die Verleger ergriffen und ein günstiges Exportverfahren ermöglicht. Ihr war daran gelegen, weitere devisenwirtschaftliche Einbußen zu verhindern. Daraus resultierte eine relativ starke Stellung der deutschen Wissenschaftsverleger, die sie dazu nutzten, Angriffe auf ihre unternehmerische Unabhängigkeit abzuwehren, die internationalen Autorenverbindungen so lange wie möglich zu pflegen und das wissenschaftliche Niveau der Zeitschriften einigermaßen zu sichern.

Aber auch bei den wissenschaftlichen Zeitschriften mit hohem Exportanteil sind die Juden aus den Herausgebergremien und Autorenstäben herausgedrängt worden. Darin kommt eine gravierende Einschränkung der redaktionellen und wissenschaftlichen Autonomie zum Ausdruck.

Die Zeitschriften, bei denen es auf ein Urteil des Auslands, das auch wirtschaftlich ins Gewicht fiel, nicht ankam, wurden von den Nationalsozialisten sehr viel schärfer reglementiert. Die Zensureingriffe, die in ihrer Wirkung bisher unterschätzt wurden, trafen diese Zeitschriften - in der Regel waren es geisteswissenschaftliche Periodika — besonders ungeschützt.

Entscheidendes Signal für den Rückzug der ausländischen Autoren waren die Novemberpogrome des Jahres 1938. Von da an verlor das Kriterium des Exportanteils immer mehr an Bedeutung. Im Krieg waren alle Zeitschriften grau: Nicht nur das Papier wurde unansehnlich, auch die programmatischen Unterschiede wurden in den Zusammenlegungsaktionen des Jahres 1943 verwischt, und auf den Druckbogen spiegelte sich ein ganz desolater Zustand der Wissenschaft, der deutschen Wissenschaft.

RO-RO-RO und seine Leser

Zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von Rowohlt's Rotations Romanen

*Rowohlt's Rotations Romane*¹ — Romane der Weltliteratur in Zeitungsform: im Format einer halben Zeitungsseite, ungebunden und ungeheftet, in drei Kolumnen in einer auch auf stark holzhaltigem Papier gut leserlichen Antiquaschrift gedruckt; die einfache Nummer im Umfang von bis zu 48 Seiten, das Doppel-, Drei- und Vierfachheft entsprechend stärker. Die Titelseite, ebenfalls einfaches Zeitungspapier, meist mit einer ganzseitigen, oft zweifarbigen Zeichnung; kleinerformatige Zeichnungen, darunter schon solche der späteren Rowohlt-Taschenbuchgraphiker, illustrieren häufig den Text. Auf dem Titelblatt unübersehbar: das Signet, in noch wechselnder Form; anfangs stets kreisrund, die drei *RO* in unterschiedlicher, doch immer das Rotationsprinzip darstellender Anordnung dem Kreis eingeschrieben, erst spät die Form der drei untereinandergesetzten *RO* entwickelnd. So kommen die Rotationsromane zwischen Dezember 1946 und Oktober 1949 auf den Markt.

Jedes Heft enthält einen abgeschlossenen Text, dazu ein »Nachwort«, das über Autor und Werk informiert, und eine Schlußrubrik »Bitten an die Leser!«², in der der Verlag seine potentiellen Leser direkt anspricht und auffordert, sich zum Unternehmen *RO-RO-RO* zu äußern. Die Hefte - insgesamt 25 Nummern - erscheinen in loser Folge, zwischen 4 (1946) und 9 (1949) pro Jahr.³ Die Auflagenhöhe beträgt in der Regel 100000 Exemplare.⁴ Sie werden über das Sortiment, aber auch am Kiosk vertrieben. Der Preis von 50 Pfennig für das einfache,

1 RM bzw. 1,50 RM für das Doppel- bzw. Dreifachheft ist auch für die Marktsituation vor der Währungsreform singular niedrig. Die Leser - der Verlag geht, nach Umfragen, von mindestens drei Konsumenten pro Exemplar aus⁵ - reißen den Händlern, gleich ob am Kiosk, in der Buchhandlung oder auf dem Schwarzen Markt, die Hefte aus den Händen. Der Erfolg ist überwältigend.

1 Die Schreibweise von *Rowohlt's Rotations Romane* und *RO-RO-RO*, die in den Anfangsjahren noch uneinheitlich war, folgt hier der Verlagsbibliographie (Almanach, S. 630-635); vgl. auch Kiaulehn, *Mein Freund*, S. 263. - Die vollständigen Titel der zitierten Schriften sind im Literaturverzeichnis aufgeführt.

2 Später »Bitte an unsere Leser!« und »Ein Wort an unsere Leser!«

3 Ein vollständiges Verzeichnis s. unten.

4 Ausnahmen: Seghers: *Das siebte Kreuz*, 1948 mit 150000 Ex. sowie Chesterton: *Das fliegende Wirtshaus* und Faulkner: *Licht im August*, beide 1949 mit je 50000 Ex.

5 Erfahrungsbericht, S. 7.